

Erwin Carigiet
Zwischen Befähigungseuphorie und Gerechtigkeit

Le „capital“ de la grande majorité de la population est composé:

- de la santé,
- d'une force de travail,
- de droits à la protection sociale.

(Pierre-Yves Greber, SZS/RSAS Nr. 44/2000 S. 395)

Diese Aussage Pierre-Yves Grebers motiviert mich, einige grundsätzliche Gedanken zur aktuellen Diskussion rund um den Stand und die Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit anzubringen. Die revidierten SKOS-Richtlinien und die 5. IVG-Revision zeigen gute Ansätze:

- *Früherkennung*, damit es gar nicht zur Sozialhilfeabhängigkeit bzw. Invalidisierung kommt und
- *Interinstitutionelle Zusammenarbeit*, damit in Zeiten knapper Mittel und allgemeiner Infragestellung so effizient wie möglich zusammen gearbeitet wird.

Dies ist die eine (berechtigte) Seite der Medaille. Befähigung ist ein notwendiges Anliegen, aber kein Allerheilmittel für die sich abzeichnende neue soziale Frage. Jene von Ein- und Ausschluss in unserer Gesellschaft. Genauso wenig besteht ein wissenschaftlich fundierter Anlass für Euphorie gegenüber Anreizen in der sozialen Sicherheit.

Wir dürfen also nicht munter auf das Rösslein aufsteigen: Wer wirklich arbeiten will, kann schon, und mit *Interinstitutioneller Zusammenarbeit* werden wir den Rest bewältigen. Fakt ist: Die soziale Sicherung kann nicht mehr länger (nur) an einen Arbeitsplatz angebunden werden.

Dies ist die andere (ebenso relevante) Seite der Medaille. Dahinter zeichnen sich Fragen der Gerechtigkeit, aber auch der Mitmenschlichkeit ab.

- Jene der Gerechtigkeit der gesellschaftlichen Strukturen, sind es doch vorwiegend strukturelle Risiken, die zu neuer Armut, zu prekären Arbeitsverhältnissen führen.
- Jene der Mitmenschlichkeit, der Würde. Soziale Sicherheit als entscheidender Teil des „Kapitals des kleinen Mannes“ im Sinne des an den Anfang gesetzten Zitats. Gleichberechtigt neben der Arbeitskraft stehend. Der Tatsache ins Auge blickend, dass die Versorgungsfähigkeit vieler Menschen durch die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse zunehmend in Frage gestellt wird.

Trotzdem sieht die politische Rechte, und es wagt fast niemand, ihr zu widersprechen, die Ursache primär bei den betroffenen Individuen. Dies ist ein Teil politischer Interessenvertretung. Es geht um politischen Spardruck, um einen Umbau des Sozi-

alstaats Richtung Fürsorgestaat. Stossend wird es, wenn Fachleute indirekt auch noch in das Lied einstimmen, dass den Drückebergern mit Befähigung und Anreizen beizukommen sei und damit und mit besserer Koordination der Sozialwerke wesentliche Einsparungen zu erzielen wäre.

Interinstitutionelle Koordination ist ein gutes, ein sehr gutes Projekt, aber nicht die Hauptfrage. Sie wäre es in einer Welt, wo es tatsächlich genügend Arbeitsmöglichkeiten gibt und wo eine so grosse Nachfrage besteht, dass auch Schwächere eine Stelle finden. Was nützt effiziente und effektive Koordination, wenn die so betreuten Menschen keine Existenz sichernde Arbeit finden? Wo bleiben die Working poor?

Jetzt, wo Erwerbsarbeit zu einem knappen und damit hart umkämpften Gut wird, werden die Werte der Arbeitsgesellschaft deutlicher als auch schon betont. Arbeit entwickelt sich für viele von einer Last und Mühsal zu einem Privileg. Die Tugenden, welche der Arbeit dienen, werden hoch gelobt. Gerade und vor allem auch gegenüber den Menschen ohne Arbeit oder jenen ohne Existenz sichernde Arbeit. Die einen werden wir mit IIZ und Anreizen vielleicht in das Arbeitsleben integrieren können. Dies ist zu wünschen und zu hoffen. Was an Ohnmacht und Demütigung verursachen wir aber bei den anderen? Bei jenen, die der Arbeitsmarkt „nicht will“? Und wenn auch noch die Exponentinnen und Exponenten der sozialen Sicherheit auf den bereits illusionären Slogan „Arbeit um jeden Preis“ aufspringen? Sie, die es eigentlich aus ihrer täglichen Arbeit ganz genau und besser wissen als viele andere.

Im Rahmen des globalen Wettbewerbs und des sozialen Wandels haben sich neue Problemfelder herausgebildet: Die bezahlte Arbeit wird immer knapper. Die Blockaden einer globalen Freizügigkeit des Kapitals als Folge des ersten und zweiten Weltkriegs sind seit 1989 beseitigt.

Die Arbeitslosenquote täuscht: Faktisch sind viel mehr Leute ohne Erwerbsarbeit als ausgewiesen und im zunehmenden Anteil Teilzeit Arbeitender möchten viele Vollzeit oder jedenfalls mehr arbeiten. Das fehlende Volumen an Erwerbsarbeit belief sich auch in der Hochkonjunktur vor dem Swissair Crash auf ca. 200'000 Vollzeitstellen.

Wirtschaftswachstum erfolgt heute weitgehend ohne Zunahme der Beschäftigung, im Gegenteil vielmehr sogar mit einem Rückgang der Beschäftigung. Zwei Beispiele:

- Im Jahr 2005 betrug das Wachstum im Hochbau im Vergleich zum Vorjahr 8,2%, im Tiefbau 1,6%, während die Beschäftigung um 3% zurückging (NZZ 09.03.2006, S.23 „Reges Treiben im Bausektor“)
- Die amerikanische Wirtschaft wuchs seit 2001 im Durchschnitt jährlich um 3%. Gleichzeitig nahm die Produktivität um 11,6% überproportional zu. Die Ökonomen wundern sich nun, dass dies keinen Druck auf höhere Löhne zur Folge hatte und dass die Lohnneinkommen sich in der ganzen Periode sogar um 6,2% verschlechterten. Bis jetzt galt die Theorie, wonach verbesserte Produktivität immer auch höhere Einkommen bewirkte (NZZ 25./26.02.2006, S. 23 und S. 30 „Reflexe: „Rätselhaftes Auseinanderdriften von Produktivität und Löhnen“). Die Ratlosigkeit der Ökonomen ist eigentlich unverständlich, wenn man in Betracht zieht, dass die Arbeitslosigkeit trotz konjunktureller Erholung nur schwach zurückgegangen ist. Offensichtlich blieb das Angebot an Arbeitskräften trotz boomender Wirtschaft (zu) hoch.

Fazit: Revidierte SKOS-Richtlinien, 5. IV-Revision und IIZ sprechen wichtige Einzelaspekte, aber nicht die entscheidende Herausforderung an. In der Gegenwart und für die nächste Zukunft bleibt Integration durch Arbeit das Beste, wird jedoch in zunehmenden Fällen nicht mehr möglich sein. Mindestens im Sinne eines „worst case Szenario“ müssen wir uns fragen und entsprechend andenken, was geschieht, wenn das allseits gewünschte Wirtschaftswachstum nicht eintritt oder jobless von Statten gehen wird. Diese Frage ist nicht hier zu beantworten, aber mit aller Deutlichkeit zu stellen.

Diese grundsätzliche Herausforderung soll uns aber nicht davon abhalten, die wichtige Frage der besseren Koordination der sozialen Sicherungssysteme mit Energie anzugehen. Projekte wie IIZ und wie ein Bundesrahmengesetz für Sozialhilfe können Teilantworten liefern, gute Antworten, wenn sie im Kampf gegen die Armut und nicht im Kampf gegen die Armen gefunden werden.

Zürich, März 2006